

Verkehr

Grüne bringen Resolution für Verbot des nächtlichen Passagierflugverkehrs am Köln-Bonner Flughafen in den Rat ein

Nächtliche Ruhestörung gefährdet die Gesundheit. Deshalb will die rot-grüne Landesregierung die Anwohner des Flughafens entlasten und die dauerhafte nächtliche Ruhestörung reduzieren.

Den **Nachtflugbetrieb für Frachtverkehr** hat die frühere schwarz-gelbe Landesregierung leider bis 2030 genehmigt. Deshalb gibt es zurzeit nur die Möglichkeit, den **nächtlichen Passagierflugverkehr** zu untersagen, während beim Frachtflugverkehr, der in der Nacht dominiert, aufgrund der Genehmigung durch die frühere Regierung derzeit nichts zu ändern ist.

Ein Nachtflugverbot hat ? insbesondere in den Umlandkommunen ? viele Befürworter aber auch Gegner ? etwa den Bundesverkehrsminister Ramsauer. Da auch zahlreiche Hürther Bewohner von dem nächtlichen Fluglärm betroffen sind, brachten die Hürther Grünen eine **Resolution** in den Rat am 27.09. ein, die die Landesregierung in ihrem Bemühen unterstützen sollte. Die Mehrheit der Ratsmitglieder sowie der Bürgermeister waren allerdings der Ansicht, dass der nächtliche Fluglärm die Hürther Bürger nur am Rande betrifft. Die Resolution wurde daher leider von der Tagesordnung genommen.

Zwischenzeitlich ist deutlich geworden, dass der Nachtfluglärm noch zunehmen wird, denn die Lufthansa verschiebt mittlerweile **Frachtflüge**, die bisher von Frankfurt aus starteten, aufgrund des nunmehr dort gerichtlich durchgesetzten Flugverbots nach Köln. Hier parken sie für einige Stunden, um dann mitten in der Nacht in Richtung Asien zu starten. Diese absurde Regelung kann nicht hingenommen werden, zumal es sich bei den Lufthansa-Maschinen um besonders laute und veraltete Flugzeugtypen handelt.

Die Hürther Grünen werden bei diesem Thema trotz der Widerstände in Wirtschaft und Politik nicht locker lassen, vor allem weil unserer Stadt künftig zusätzlich eine stärkere Fluglärmbelastung durch den **Luftwaffenstützpunkt Nörvenich** (Stichwort ?Inbetriebnahme des Eurofighters?) droht.

Auf eine Anfrage unseres Mitglieds Inge Cürten-Noack hin, teilte uns die Abteilung ?Flugbetrieb in der Bundeswehr? mit, dass die Mindestflughöhe in Hürth bei 300 m über Grund liegt. Lediglich bei Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern ist diese auf 600 m erhöht. In Ausnahmefällen, die auch angemeldet werden müssen, kann die Flughöhe sogar auf 150 m reduziert werden. Außerdem gelten die Flughöhen bei An- und Abflügen auf den Flughafen natürlich nicht. Zudem werden in Nörvenich bis zu 20 Piloten mehr stationiert. Hürth wird also auch zukünftig mit dem Fluglärm aus Nörvenich leben müssen.

Bei Beschwerden oder Anfragen zum Flugbetrieb der Bundeswehr kann man sich an die Adresse FLIZ@dont-want-spam.Bundeswehr.org wenden oder auch an LwA - Abteilung Flugbetrieb in der Bundeswehr, Postfach 90 61 10, 51127 Köln schreiben.

B 265 n

Grüne hoffen auf nachrangige Planung der B 265 n

Verkehr

Die GRÜNEN begrüßen die Entscheidung der Landesregierung, über den Bau der B 265 n erst nach Abschluss der Planfeststellung zu entscheiden. Sollten Klagen gegen den Bau der Straße drohen, kann dies die endgültige Entscheidung für die Weiterplanung auf Landesebene wesentlich erschweren.

?Es ist für uns der falsche Weg, mit der sogenannten ?Ortsumgehung? und vielen Millionen Investition einen Missstand durch den anderen ersetzen. Nicht nur die desolate Haushaltslage in Stadt, Land und Bund verbietet es, die Straße zu bauen, ? so Reinhard Schmitt-Berger, Vorsitzender der Hürther GRÜNEN.

Nach wie vor sind die **GRÜNEN** davon überzeugt, dass die ?Ortsumgehung Hermülheim? keine solche und kontraproduktiv ist. Zusätzlich angezogener Verkehr brächte mit bis zu 30.000 Fahrzeugen am Tag eine erhöhte Lärm- und Schadstoffbelastung vieler bewohnter, noch wenig belasteter Bereiche. Fatal wäre auch die geplante 6 Meter hohe Lärmschutzwand in Efferen, die den Ortsteil noch mehr als bisher durchtrennen würde. Sie ist nötig, da lt. Kartierung des Landes die Lärmbelastung schon jetzt höher ist als in Hermülheim. Für Kalscheuren, Kendenich und Fischenich befürchten die **GRÜNEN** durch die geplante Asphalttschneise eine Abtrennung vom Zentrum: Ein Riss ginge durch die zusammenwachsende Stadt. Von den ökologischen Auswirkungen durch die Versiegelung von 11ha Fläche gar nicht zu reden

Dagegen sind die **GRÜNEN** sicher, dass konkrete Maßnahmen wie die Förderung von Bus und Bahn, z.B. eine Taktverdichtung der Linie 18 und weitere Verbesserungen im Regionalverkehr des ÖPNV sowie der gezielte Ausbau von Radwegen die Ortsdurchfahrt Hermülheim entlasten. Auch weniger Schwerlastverkehr, wie er im Luftreinhalteplan gefordert ist, wird Hermülheim und vor allem Efferen besser entlasten als eine Umgehungsstraße, die weiteren Verkehr anzieht. Ziel muss es deshalb jetzt sein, endlich dem örtlichen LKW-Durchgangsverkehr mit einem Verkehrsleitsystem (GPS und Beschilderung) auf die hierfür vorgesehenen Straßen, v.a. die Autobahnen zu lenken. Zu lange schon wird nur davon gesprochen. Zu erreichen ist es nur mit großem Einsatz und Überzeugung von seiner Notwendigkeit.

Der Verzicht auf den Neubau würde die Stadtkasse zudem um eine Investition von 600.000 ? entlastet, von den Kosten für weitere nötige Anschlussmaßnahmen nicht zu reden.